

Stellungnahme der CDU-Fraktion zur Vorlage 2014/112 „Bau einer Milchviehanlage“

Wie bereits ausgeführt, haben wir vor einem Jahr das Einvernehmen versagt weil u. a. der Flächennachweis und somit der Nachweis der Privilegierung fehlte. Darüber hinaus haben alle Ratsmitglieder an den Landkreis und an den Bauherren appelliert eine maßvollere Lösung im Hinblick auf Anzahl der Tiere und Standort in Bezug zur Nähe zur Wohnbebauung zu finden.

Wir alle haben uns ausdrücklich für eine bäuerliche Landwirtschaft ausgesprochen, die wir unterstützen. Es wurde in diesem Appell nie von einer „Null-Lösung“ gesprochen. Der Appell wurde seinerzeit unter meiner Federführung mit der SPD und den Grünen gemeinsam verfasst und wir waren uns alle einig bäuerliche privilegierte Landwirtschaft zu unterstützen.

Anschließend erfolgten mehrere Gespräche mit dem Landkreis und dem Bauherren um Alternativen zu prüfen.

Wir verstehen sehr wohl die Ängste und Sorgen der Rasteder Bürger, die mit vielen Emotionen einhergehen. In diesem einen Jahr war wohl der „Kuhstall“ das Hauptthema im Ort, mit sehr vielen Diskussionen. Es ist richtig, dass hier auch die Öffentlichkeit sich zu Wort meldet und die Thematik entsprechend durch die Presse begleitet wurde.

Wir haben selbstverständlich in der Fraktion auch sehr oft über dieses Thema gesprochen und wir haben uns gefragt: was erwartet der Bürger von uns? Wir sind der Meinung vor allem: Ehrlichkeit, Offenheit und Sachlichkeit.

Die Sachlichkeit haben wir leider oft in der Vergangenheit vermisst und ich möchte heute alle Beteiligten bitten, sich an die Sachlichkeit zu halten. Es bringt uns nicht weiter, hier noch Emotionen und Ängste zu schüren!

Denn die erste Frage hier im Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen ist es doch: in welchem Verfahren befinden wir uns eigentlich?

Wir haben uns in der vergangenen Woche noch einmal in der Gruppe CDU, FFR und FDP mit Vertretern des Landkreises, Herrn Dr. Jürgens und zwei seiner Kollegen, zusammengesetzt und uns noch einmal ausführlich über den Sachstand informiert.

Wir können in der Kommunalpolitik hier in Rastede sehr viel politisch entscheiden. Wo sollen welche Wohnbaugebiete entstehen, wie gehen wir mit der Energiewende / Windkraftanlagen um, welche Straßen werden ausgebaut und saniert usw.

Diese Entscheidung über die Baugenehmigung des Stalles ist aber keine politische Entscheidung, sondern allein eine rechtliche Entscheidung. Es gibt für uns keinen Ermessensspielraum oder irgendeine Form oder Möglichkeit der politischen Beeinflussung. Jeder der was anderes behauptet, sagt nicht die Wahrheit!

Deshalb bitte ich gleich auch alle nachfolgenden Redner, sachlich mit dem Thema umzugehen.

Wie gesagt, ich verstehe die Rasteder mit ihren Ängsten und Sorgen, es ist gut sich einzumischen und kritisch zu hinterfragen. Das ist gelebte Demokratie.

Vieles davon ist aber eine gesellschaftliche Diskussion, die immer wieder geführt werden muss, es geht schließlich auch um unsere Ernährung. Aber Begriffe wie Massentierhaltung, müssen Kühe zwangsläufig auf der Weide gehalten werden und wie ernähren wir uns, werden nicht im Baugesetzbuch geregelt. Jeder hat dazu seine eigene ganz persönliche Meinung und Einstellung. Letztendlich regelt die Gesellschaft den Markt, sprich das Kaufverhalten von uns allen. Das Verbraucherverhalten regelt ganz eindeutig den Markt. Und diese Diskussionen darüber werden an anderer Stelle geführt, aber nicht hier bei uns im Bauausschuss, der nur die rechtliche Variante beleuchten kann. Das Gesetz des Baugesetzbuches wird in Berlin gemacht und nicht in Rastede!

Wir sprechen uns ausdrücklich gegen gewerbliche Tierhaltung aus und wollen auch keine Süddoldenburger Verhältnisse bei uns! Das sagen wir ganz deutlich, das gilt auch für die Zukunft. Wir unterstützen die bäuerliche privilegierte Landwirtschaft, dabei haben wir uns an Recht und Gesetz zu halten!

Die Gemeinde Rastede ist an dem Genehmigungsverfahren beteiligt, Genehmigungsbehörde ist allerdings der Landkreis Ammerland. In dem Genehmigungsverfahren wird geprüft, ob die Anlage nach den gesetzlichen Bestimmungen des BauGB genehmigungsfähig ist.

Die Grenzen der bäuerlichen Landwirtschaft und somit die Privilegierung sind ganz klar im § 201 BauGB definiert. Standortbezogene landwirtschaftliche Tierhalter, die mehr als die Hälfte des benötigten Futters auf den eigenen Flächen produzieren können, sind privilegiert.

Der § 201 wurde seinerzeit im Jahre 2004 neu gefasst, um an das EU-Recht angepasst zu werden. Zu dieser Zeit hatten wir, das werden Herr Kramer und Herr Langhorst mit Sicherheit wissen, eine rot-grüne Bundesregierung mit einer grünen Landwirtschaftsministerin, Frau Künast. Herr Stolpe von der SPD war zuständig für Bauen und Verkehr. Das zeigt, dass die Grünen seinerzeit die bäuerliche Landwirtschaft entsprechend im BauGB definiert haben!

Der § 201 gibt somit klare Auskunft:

Zum Einen: Standortbezogen, d.h. der Stall muss hofnah sein und es muss ein räumlicher Zusammenhang bestehen. Die Hofstelle in Kleibrok ist seit dem Jahr 1480 im Familienbesitz.

Zum Anderen: die Futtergrundlage, es müssen mindestens 51 % des benötigten Futters selbst produziert werden können!

Wie gesagt, die Gemeinde Rastede hat keinen Entscheidungsspielraum sondern lediglich eine Überprüfungsbefugnis nach § 36 BauGB.

Und diese Überprüfung wurde auch eingehend und gewissenhaft von der Verwaltung durchgeführt. Es wurden alle Umweltbelastungen geprüft mit mehreren Prüfrastern. Die Gutachten haben uns alle vollständig vorgelegen und wurden uns vorgetragen. Zusätzlich werden im Beschlussvorschlag der Verwaltung vorsorglich Bedingungen für das Einvernehmen gestellt, die wir ausdrücklich unterstützen.

Verkehr: Die Einfahrten werden neu geregelt, jeweils aus Fahrtrichtung Wesermarsch und aus Fahrtrichtung Ortskern, sodass der Kurvenbereich „Zollhaus“ entlastet wird. Es kommen insgesamt 22 PKW, 2 Schlepper und 2 LKW zu der aktuellen Verkehrsbelastung hinzu, in der Erntezeit 22 PKW, 10 LKW und 4 Schlepper. Die Fahrten beschränken sich auf die Tageszeit von 6-22 Uhr.

Die verkehrliche Anbindung ist ausdrücklich im Beschlussvorschlag aufgeführt.

Die Kleibroker Straße ist eine Kreisstraße. Eine Kreisstraße im Ammerland zählt im Durchschnitt 8000 bis 15000 Verkehrsbewegungen pro Tag. Die Messungen bei uns an der Kleibroker Straße ergeben wesentlich weniger Fahrzeuge, sodass von einer Überlastung der Straße keine Rede sein kann.

Die landwirtschaftlichen Fahrzeuge von Herrn Meyer-Hullmann fahren auf freiwilliger Basis nicht mehr durch die Oldenburger Straße sondern über die Schloßstraße und Raiffeisenstraße in Richtung Kleibrok. Der Ortskern in der Oldenburgerstraße wird deshalb auch nicht weiter belastet werden.

Gerüche: Die Geruchsimmissionen wurden von dem Gutachter Herrn Prof. Dr. Oldenburg überprüft. Die Gemeinde hat sogar noch einmal zusätzlich ein Fachbüro mit einer weiteren Überprüfung beauftragt. Die Grenzwerte für die Wohnbebauung werden laut Gutachten deutlich unterschritten. Die Gemeinde Rastede fordert jedoch im Beschlussvorschlag eine fortlaufende Prüfung, falls die prognostizierten Werte von den tatsächlichen Bedingungen abweichen.

Keim- und Staubbelastung: Für Keime gibt es keinen gesetzlichen Grenzwert. Bei Schweine- und Hühnerställen wird die Diskussion geführt, weil durch die Abluftreinigungsanlagen (Schornstein) keimbelastete Staubfahnen entstehen und weitergetragen werden können. Rinder gehören zu den immissionsärmsten Tierarten. In diesem offenen Rinderstall gibt es durch die offene Bauart keine Abluft und keine Staubfahnen, sondern eine Streuung. Auf Basis der Feinstaubentwicklung wird eine Staubbelastung in einem Radius von max. 10 bis 20 Metern auf dem Betriebsgelände festgestellt. Dementsprechend können keine Keime weitergetragen werden.

Grundwasserabsenkung: Die Wasserversorgung wird jetzt nicht mehr über einen Brunnen erfolgen sondern ausschließlich über das Netz des OOWV. Risse an Gebäuden und Absenkungen können also nicht durch einen Brunnen des Investors verursacht werden. Der Wasserkreislauf an sich ist geschlossen, sodass keine Einträge in das Grundwasser stattfinden.

Wald: Über die TA-Luft wurde in einem festgelegten Suchradius das stickstoffempfindliche Ökosystem untersucht. Durch die Verkleinerung des Stalls und die Verschiebung nach Osten hat sich eine positive Veränderung ergeben.

Flächennachweis:

Ein qualifizierter Flächennachweis ist vorhanden für die Hofstellen in Kleibrok, in Wahnbek und für die Biogasanlagen. Die Flächennachweise wurden von der Landwirtschaftskammer geprüft. 475 Ha Fläche stehen zur Verfügung. Für die nicht im Eigentum stehenden Flächen wurden Pachtverträge auf 12 Jahre abgeschlossen. Auch hier fordert die Gemeinde Rastede im Beschlussvorschlag eine fortgesetzte Prüfung des Flächennachweises (für den Fall das Land verkauft wird oder Pachtverträge gekündigt werden). Damit wird eine gewerbliche Tierhaltung unterbunden und es ist gewährleistet, dass es ein privilegierter landwirtschaftlicher Betrieb bleibt!

Alles in allem steht die Größe des Bauvorhabens an sich im Verhältnis zu den Flächen. Die Lage der Fläche steht in einem räumlichen und funktionellen Zusammenhang zur Hofstelle.

Somit handelt es sich eindeutig um eine bäuerliche privilegierte Landwirtschaft im Sinne des Gesetzes.

Wie eingangs erwähnt, unterstützen wir diese Form der Landwirtschaft. Wir haben dies ausführlich in der Fraktion und mit unseren Gruppenpartnern diskutiert und unsere Entscheidung ist einstimmig.

Die Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe ist gerade in der Zukunft sehr wichtig. Der ländliche Raum, die Land- und Ernährungswirtschaft sind für uns von zentraler Bedeutung. Die Struktur der Landwirtschaft entwickelt sich jedoch weiter und verändert sich. Ganz besonders schwierig ist für die Landwirtschaft jedoch der Spagat zwischen gesellschaftlichen Anforderungen und wirtschaftlichen Zwängen. Wir hoffen, dass der Spagat hier in Rastede gelingt.

Die Zahl der Anzahl der Tiere ist von 918 auf 592 gesunken und der Stall wurde um 200 Meter nach Osten verlagert. Zudem sind die gesetzlichen Vorschriften eingehalten.

Wir werden dem Beschlussvorschlag zustimmen!